



# Synodemeldung

---

4. Dezember 2013

## Aussprache zum Verhältnis Kirche-Staat

Das Postulat von Hans Ulrich Germann und Barbara Schmutz «Das Verhältnis Kirche-Staat» gab der Synode Anlass zu einer ausführlichen Diskussion. Mehrere Synodalen zeigten sich überzeugt, dass die Kirchen ihre Zurückhaltung ablegen sollten. Die Landeskirchen seien für den Staat ein sehr zuverlässiger, moderater Partner. Es gelte, die Leistungen der Kirchen – von einem Votanten als «Wohltaten für die Gesellschaft» bezeichnet – deutlicher hervorstreichend.

Vertreterinnen und Vertreter kleinerer Gemeinden erinnerten daran, dass Kirchendirektor Christoph Neuhaus die Kirchgemeinde-Verträglichkeit der Sparmassnahmen in Aussicht gestellt hatte. Die besonderen Strukturen und Bedürfnisse der ländlichen Gemeinden seien zwingend zu berücksichtigen. Es wurde im weitern bedauert, dass die Debatte zum künftigen Verhältnis Kirche-Staat über die Pfarrlöhne geführt werde; das wecke unnötige Emotionen. Es gehe um die pfarramtliche Versorgung des Kantons, also um wesentlich mehr als Löhne.

Synodalratspräsident Andreas Zeller stellte fest, dass die Kirchen kaum je grundsätzlich in Frage gestellt würden. Es seien jedoch Erklärungen gefragt, es sei Wandel gefordert. Er sicherte einmal mehr Gesprächsbereitschaft und Mitarbeit des Synodalrats zu. Und er appellierte an die Kirchgemeinden, ihr Engagement auch in dieser Richtung zu verstärken.